

Eschbachs Bürgermeister kritisiert Umweltministerium

Ärger um Kommunikationspolitik



Eschbachs Bürgermeister protestiert gegen die Kommunikationspolitik des Umweltministeriums bezüglich des Gutachtens zum AKW Fessenheim.

Foto: TV Südbaden

Eschbachs Bürgermeister Harald Kraus hat sich in einem offenen Brief an Baden-Württembergs Umweltminister Franz Untersteller gewendet. Stein des Anstoßes ist die Kommunikationspolitik zu dem kürzlich erschienenen Gutachten zum Atomkraftwerk Fessenheim, das das Landesumweltministerium in Auftrag gegeben hatte. Darin kommen die Gutachter zu dem Ergebnis, dass es im AKW Fessenheim erhebliche Sicherheitsmängel gibt. Behandelt und bewertet wurden Themen, wie Erdbebensicherheit, Hochwasserrisiko, Lagerbecken für Brennelemente sowie Versorgung mit Strom und Kühlwasser. Kraus, in seiner Eigenschaft als Mitglied der Überwachungskommission des Kernkraftwerkes Fessenheim, Commission Locale d'information (CLIS), kritisiert, dass er erst durch die Presse von dem Gutachten erfahren habe. „Unsere französischen Freunde haben mit der Institutionalisierung der CLIS eine offene und auf hohem Niveau arbeitende Kommission eingerichtet, die in Baden-Württemberg und der Bundesrepublik Deutschland seinesgleichen sucht. Die damit einhergehenden Informationen sind mir als Bürgermeister der Gemeinde Eschbach jederzeit zugänglich und sind, aufgrund meiner gemachten Erfahrungen, seriös, offen und jederzeit nachprüfbar. Umso mehr erstaunt und befremdet es mich, dass ich der Badischen Zeitung vom 19.10.2012 entnehmen musste, dass es ein Gutachten gibt, hinsichtlich Sicherheit des Kernkraftwerkes Fessenheim, das mir nicht bekannt ist, obwohl das Land Baden-Württemberg, in Person der Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer, ständiges Mitglied der CLIS ist“, schreibt Harald Kraus an den Umweltminister. Auch habe es die Landesregierung bis zum heutigen Tag nicht für notwendig empfunden, die Gemeinden im Umfeld von Fessenheim und damit ihre politischen Vertreter über das Gutachten zu informieren. Es sei schon verwunderlich, wenn das Mitglied der CLIS, Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer, als verlängerter Arm des Ministerpräsidenten, den Bürgern entlang des Rheins derartig wichtige Informationen vorenthalte, heißt es weiter. Die Kritik von Eschbachs Bürgermeister an Bärbel Schäfer weist Joachim Müller-Bremberger, Pressesprecher des Regierungspräsidiums gegenüber dem Markgräfler Bürgerblatt zurück. „Wir wussten zwar von dem Gutachten, die Ergebnisse wurden uns aber auch erst am 18. Oktober 2012, also einen Tag vor der Präsidiumssitzung der Oberrheinkonferenz in Rastatt, mitgeteilt. Noch am gleichen Tag habe das Regierungspräsidium zu den Ergebnissen eine Pressemitteilung herausgegeben und man sei der Kommunikationspflicht nachgekommen. Darüber hinaus sieht Müller-Bremberger bei Harald Kraus eine Holschuld. Das komplette Gutachten zu Fessenheim sei auf der Homepage des Umweltministeriums hinterlegt und nachlesbar, so der Pressesprecher. Ob nun Bring- oder Holschuld, im Hinblick auf die zum Teil emotionale Diskussion um das AKW Fessenheim und die Forderung nach mehr Transparenz von allen Seiten, dürfte trotz des World Wide Webs auch ruhig einmal der Telefonhörer zur Hand genommen werden.“

Kerstin Osygus